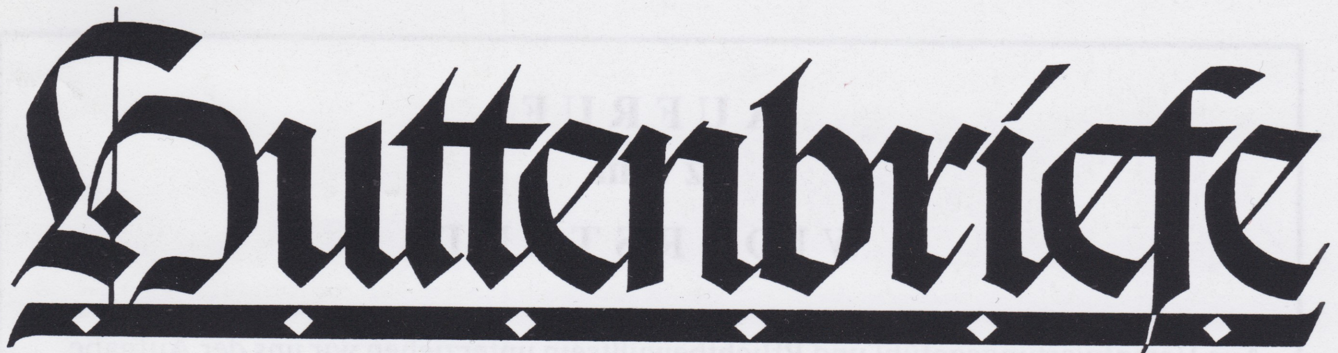


für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht

20. Jahrgang September - Oktober 2002 Folge 4



Arthur Kampf. Illustration für das Buch "Deutsche Heldensagen" von Hans Friedrich Blunck.

AUFRUF
zum
WIDERSTAND

Aus Verantwortungsgefühl und Pflichtbewußtsein unterziehen wir uns der Aufgabe,

die wahre Lage des Deutschen Volkes,

herbeigeführt durch Geburtenschwund und Unterwanderung,

durch die ungeschminkte Wahrheit unseren deutschen Frauen und Männern zur Kenntnis zu bringen.

Sie müßte jeden erschüttern und sein Erschrecken in den Willen zum Widerstand umsetzen!

Allein, wir sind uns darüber im klaren, daß der derzeitige Zustand der "Gesellschaft" – abgesehen von der politischen Knebelung – in ihrer Konsum- und Genußsucht kein Erwachen erwarten läßt. Es muß erst schlimmer kommen und der Griff an die nackte Existenz des einzelnen spürbar werden.

Dieses UN-HEIL ist bereits auf dem Wege.

Dennoch, was uns in dieser Lage die Gewißheit zur Notwende gibt,
ist die großartige Haltung der Deutschen bei der Flutkatastrophe,
für viele gleichbedeutend mit Existenzvernichtung.
Das ist unser Deutsches Volk – durch gemeinsame Not herausgefordert –
in seiner inneren Kraft und Größe!
Unvergleichlich unter den Völkern!

Diese innere Kraft und Größe rufen wir zum Widerstand auf,

dem geplanten Volkstod zu widerstehen!

Jawohl: "geplantem Volkstod"!

Dafür liefern wir den Beweis in der Zusammenfassung aller Schäden mit der aufrüttelnden Arbeit von Dipl.-Volkswirt Karl Baßler.

Lisbeth Grolitsch

Multikultur – Ausländerkosten – Volkstod der Deutschen

Eine Kritik der Ausländerpolitik und insbesondere der Ausländerkosten muß von dem Zustand des deutschen Volkes ausgehen, wie er sich seit 1945 entwickelt hat. Das heißt, der heutige geschichtliche Standort unseres Volkes ist festzustellen. An welchem Punkt unserer vieltausendjährigen Geschichte befinden wir uns?
Dabei ist unser eigener, deutscher Standpunkt derjenige, den auch Goethe und bis 1945 alle vom deutschen Geist getragenen Frauen und Männer, das heißt alle irgendwie bedeutenden Deutschen gehabt haben.

"Wer sich nicht von dreitausend Jahren
weiß Rechenschaft zu geben,
bleibt im Dunkeln unerfahren,
mag von Tag zu Tage leben. " (Goethe)

Das heißt, daß im "Jahrhundert der Biologie", zu dem ja das 21. Jahrhundert ausgerufen wurde, selbstverständlich die viele Jahrtausende währende, germanische Ursprungsgeschichte unseres Volkes, – aus der wir die weitgehende Homogenität unseres Volkskörpers besitzen, die absolute Grundlage unserer Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten bis heute –, als ein untrennbarer Teil unseres Volkslebens gesehen wird.

Von diesem Standpunkt ist für jeden ehrlichen, intelligenten Menschen klar erkennbar, daß die Politik des Bonn/ Berliner Systems, insbesondere dessen Ausländerpolitik, eine Todespolitik, eine Mordpolitik am eigenen Volke ist.

Daß dies keine polemische, politische Behauptung ist, beweist unwiderlegbar die Bevölkerungsentwicklung (demographische Entwicklung), wie sie seit vielen Jahren vom Statistischen Bundesamt und insbesondere von der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages zu dieser Frage, festgestellt wurde.

Demzufolge stirbt das Deutsche Volk in diesem Jahrhundert mit einer Geschwindigkeit von durchschnittlich 6 Millionen Deutschen in jedem Jahrzehnt, auf ca. 20 Millionen zum Jahrhundertende ab. – Das heißt, die Deutschen verschwinden aus der Geschichte.

Dieser Holocaust von 6 Millionen alle 10 Jahre wird vom seit 1945 herrschenden Todessystem bisher nicht nur ohne den geringsten Widerstand, ohne die geringsten Gegenmaßnahmen hingenommen, sondern durch eine absolut lebenszerstörende Ausländerpolitik noch aufs stärkste gefördert.

Die genetisch-physische Zerstörung wurde erst möglich durch die geistig-seelische (psychische), sittliche Zerstörung; – durch eine von den Feinden des Deutschen Volkes und deren willfährigen deutschen Handlangern erzwungene Umerziehung, mit der den Deutschen alles Selbstbewußtsein, und damit alle Selbstbehauptung, alle (Weiter)-Lebenskraft vernichtet wurde.

Einzig vor diesem Scenario des Todes können die deutsche Ausländerpolitik und die Ausländerkosten als eine tödliche Beraubung der materiellen Lebenskraft objektiv beurteilt werden.

"Multikultur"? – Der Tod aller Kultur!

"Kultur wächst allein aus Gemeinschaft, sie ist der Geist eines gewachsenen Volkes, – der geistige Raum des Gemeinsamen, – des Ausgleichs, –des Friedens, – der sittlichen Freiheit, – des fruchtbaren Schöpfertums, – der Wahrheit. Denn:

"Nur was fruchtbar ist, ist wahr. " (Goethe)

Kultur ist Einheit, ist Eigenheit, die sich nicht "multi"-plizieren läßt.

– Es gibt keine Kultur der Vielheit, – des Multi –, deshalb wäre Multikultur per definitionem Unkultur. – Das Wort Multikultur ist also eine Lüge. Es ist die Lüge der sogenannten "Gesellschaft", die sich die Werte der Gemeinschaft betrügerisch aneignen will.

"Gesellschaft" ist Egoismus, der seine Herrschaft durch den Schein von Kultur schönreden will. – "Gesellschaft" ist immer Willkür, – Willkür des Individuums, Willkürherrschaft, die sich lügenhaft mit dem Szepter der Freiheit schmückt. "Gesellschaft" ist die Herrschaft der Lüge, – der Gewalt, – der Zerstörung des Friedens, – die Herrschaft des Todes, wie die Geschichte Deutschlands und Europas seit 1945, – Jahr für Jahr mehr –, unwiderlegbar beweist.

Denn Kultur ist der Geist, der das Leben der Lebensgemeinschaft bildet und erhält, ist das Nachhaltige, das die Zukunft trägt.

Kultur ist die auf Dauer angelegte Identität eines Volkes, – also das Bleibende –, in der seine natur-bestimmte Begabung, – geschmiedet in der Geschichte, gehärtet im Schicksal der Gemeinschaft, ausgesagt in seiner Sprache –, in der das eigengeartete Denken, die eigene Erkenntnis offenbart wird.

Kultur ist also das Wissen des Eigenen. – Das unzerstörbare Wissen des Menschen, der sich der Kultur seiner Gemeinschaft bewußt ist.

Der Geist unserer Kultur ist Wissenschaft, denn er dringt unbeirrbar zu den von der Natur gegebenen Gesetzen des Eigenen, zu den Lebensgesetzen vor. Das Begründen des Eigenen erfordert wie alle Wissenschaft Eindeutigkeit, schärfste Sammlung des Geistes auf das eigene Wesen, – Abgrenzung, Ausgrenzung des Fremden –, denn nur so kann die eigene Identität, die Notwendigkeit für die Bewahrung des Lebens, für die schöpferische Gestaltung der eigenen Sittlichkeit geprägt werden.

Die Identität der Person ist das Bewußtsein: Ich bin Ich; – das ist der Gehalt des Begriffes "Menschenwürde"–, sollte dasselbe nicht auch für die Identität eines Volkes, die Abstammungs- und Lebensgemeinschaft gelten?

Es ist Unfähigkeit zum Denken, also Dummheit, oder Flucht, Feigheit vor den Forderungen des Lebensgesetzes, den Forderungen der Natur, der Bestimmung der eigenen Art auszuweichen.

Das ist der verbrecherische Widersinn unserer Zeit, das Merkmal des Wahnsinns des Bonn/Berliner Todessystems, daß dem Einzelnen, dem wurzellosen Individuum, sein absolutes Eigensein, als Höchstes, als "Menschenwürde" zuerkannt wird; der Lebens-Gemeinschaft aber, die allein das Leben trägt, dem Volke und damit aller Kultur, "Menschenwürde" verweigert wird, damit es sich in eine sogenannte Multikultur auflöse.

Die Bedeutung der eigenen Kultur für die Erhaltung des Lebens seines Volkes hat der gegenwärtige Papst Johannes Paul II. auf großartige Weise ausgesprochen:

"Ich bin der Sohn einer Nation, die ihre Nachbarn mehrfach zum Tode verurteilt hatten. Sie hat ihre Identität und nationale Souveränität trotz der Teilungen und Besetzungen bewahren können, und das nicht durch physische Gewalt, sondern einzig und allein durch das Festhalten an ihrer Kultur. Diese Kultur hat sich als stärker erwiesen als alle anderen Kräfte. " [1]

Wer Multikultur will, der hat keine eigene Kultur, das heißt, er hat überhaupt keine Kultur. Ihm fehlt also das, was den Menschen ausmacht. Denn Kultur ist nach Auffassung aller Philosophen, Anthropologen, Biologen, Verhaltensforscher, der bestimmende Unterschied zwischen Mensch und Tier. Der Multikulturist muß also unterhalb des Menschen eingeordnet werden. Er ist offensichtlich für Kultur zu dumm, und für das gesunde Tier fehlt ihm der Instinkt. Er ist deshalb tatsächlich das "nicht festgestellte Tier" (Nietzsche).

Wie ein Trüffelschwein wühlt er in allem herum, aber ohne wie dieses die lebenserhaltende Nahrung zu finden. Der treffende Name für ihn ist deshalb wohl: das Dummschwein.

Jeder vernünftige Mensch wird darin übereinstimmen, daß derartigen Zerstörern des Menschlichen, des eigentlich Humanen, kein Einfluß auf die öffentlichen Dinge gelassen werden darf. Im Gegenteil, es ist höchste sittliche Pflicht, dieses Verbrechertum mit allen Mitteln schonungslos zu bekämpfen.

Helmut Schmidt (SPD), Bundeskanzler vom 16.5.1974 bis 1.10.1982, nimmt Stellung zur Ausländerpolitik:

"Mit weit über vier Millionen Ausländern ist die Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft erschöpft, wenn nicht ganz große Probleme entstehen sollen... Mehr als 4,5 Millionen können wir mit Anstand nicht verdauen. Und insbesondere können wir mit Anstand nicht die Scheinasylanten verdauen, die zu uns kommen, weil bei uns das Arbeitslosengeld sehr viel höher liegt als bei ihnen zu Hause der Spitzenlohn." – "Das Zitat stammt von einem Herausgeber der *ZEIT* , Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, dessen Ansicht sich seit dem Ausspruch vor Zeitungsverlegern Jahr für Jahr mehr bestätigt hat und die deutsche Mehrheitsmeinung widerspiegelt." [2]

(Diese Äußerung Schmidts stammt aus den Jahren 1980–1982, damals betrug die Anzahl der Ausländer in Deutschland ca. 4,5 Millionen.)

Und 20 Jahre später:

"Und dann reflektiert der frühere Bundeskanzler über diesen Amtsvorgänger in einem aktuellen Zusammenhang: Erhard habe die Gastarbeiter ins Land geholt, und das sei 'schon ein großer Fehler' gewesen. 'Und jetzt sitzen wir da mit einer sehr heterogenen, de facto multikulturellen Gesellschaft, de facto werden wir damit nicht fertig. Wir Deutsche sind unfähig, die sieben Millionen alle zu assimilieren. Die Deutschen wollen das auch gar nicht, sie sind innerlich weitgehend fremdenfeindlich.'
Eine überraschende, eine polarisierende Sicht der Dinge. Aber Helmut Schmidt legt in diesem Buch nicht nur die Hand aufs Herz; er nimmt auch kein Blatt vor den Mund." [3]

Worum geht es bei der Kritik der Ausländerpolitik des Bonn/Berliner Systems und bei der Feststellung der für das Deutsche Volk tödlichen Kosten dieser Zerstörungspolitik?

Es geht um die legitime Inanspruchnahme der fundamentalen Grundrechte der Verfassung und konkret um die Inanspruchnahme des Widerstandsrechts nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland!

Denn es besteht nicht der geringste Zweifel, daß es sich bei der Ausländerpolitik des herrschenden Systems, in Verbindung mit der Verweigerung einer das Leben unseres Volkes sichernden Bevölkerungspolitik, um einen "Staatsstreich von oben" handelt, – verübt durch die herrschenden Parteien –, mit der Folge des Volkstodes der Deutschen.

Die widerstandslose Hinnahme des durch die amtliche Statistik offenkundigen Todes des Deutschen Volkes durch das herrschende System ist eine strafbare Unterlassung, der mit **allen Mitteln** entgegenzutreten die Pflicht jedes Deutschen ist.

("Unterlassene Hilfeleistung: Bei allgemeinen Gefahren- und Notlagen besteht für jedermann eine Pflicht... zur Hilfeleistung. Unterbleibt diese Hilfeleistung, so macht sich der dazu Verpflichtete strafbar." [4]

Den Verantwortlichen der deutschen Politik ist diese Notlage unseres Volkes bekannt, und sie hätten alle Möglichkeiten, diese tödliche Entwicklung aufzuhalten und abzuwenden. Die Unterlassung, die Verweigerung, dieser Notlage mit allen Kräften entgegenzuwirken, ist ein absolutes Verbrechen, das die Straftatbestände des Völkermordes erfüllt.

Es sind die offizielle Statistik des Statistischen Bundesamtes, die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und ausnahmslos alle deutschen Bevölkerungswissenschaftler, die den deutschen Bevölkerungstod mit einem Absterben von ca. 6 Millionen Deutschen in jedem kommenden Jahrzehnt errechnen, so daß das Deutsche Volk zum Ende des 21. Jahrhunderts auf ca. 20 Millionen geschrumpft sein wird und damit als politisch-kulturelle-wissenschaftliche Kraft aus Europa verschwindet, und mit ihm Europa als geistig-politische Kraft aus der Welt.

Volksmordpolitik

Es sind die "deutschen" Regierungen und politischen Parteien, die diesem Holocaust am eigenen Volke tatenlos zusehen, ja diese Vernichtung durch eine verbrecherische Politik fördern.

– Durch eine verbrecherische Ausländerpolitik, die das Deutsche Volk auf die Dauer genetisch und als Kulturnation zerstört!

• Durch eine offensichtlich gewollte Volksmordpolitik, die folgende Straftatbestände der "Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" der Vereinten Nationen vom 9.12.1948 erfüllt[5]:

"Art. I. Die Vertragschließenden Parteien bestätigen, daß Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine **nationale,** ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche **ganz oder teilweise** zu zerstören: [...]
(b) Verursachung von schweren körperlichen oder **seelischen Schäden an Mitgliedern der** Gruppe; [...]
(d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die **Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe** gerichtet sind;
Art. III. Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen:
(a) Völkermord, [...]
(c) unmittelbare und öffentliche **Anreizung** zur Begehung von Völkermord,
(d) **Versuch** Völkermord zu begehen,
(e) Teilnahme am Völkermord.
Art. IV. Personen, die Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen begehen, sind zu bestrafen, gleichviel, ob sie **regierende Personen, öffentliche Beamte oder private Einzelpersonen sind.**
Art. VI. Personen, denen Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen zur Last gelegt wird, werden vor ein zuständiges Gericht des Staates, in dessen Gebiet die Handlung begangen worden ist, oder vor das internationale Strafgericht gestellt, das für die vertragschließenden Parteien, die seine Gerichtsbarkeit anerkannt haben, zuständig ist.
[Hervorhebungen sind vom Verfasser.]

Die durch die Hervorhebungen gekennzeichneten Tatbestände können unwiderlegbar in Deutschland festgestellt werden:

1. Die im Gang befindliche **Zerstörung der nationalen Gruppe der Deutschen** durch die Zerstörung des Deutschen Volkes durch die sogenannte Multikultur, durch die jede rechtliche Verhältnismäßigkeit übersteigende Anzahl von Ausländern, deren Eindringen ohne den möglichen Widerstand zugelassen wird.
Wenn in Schulklassen und in ganzen Schulen ein Ausländeranteil von sehr oft über 50%, von oft über 80% erreicht wird, dann ist die "Zerstörung der nationalen Gruppe der Deutschen" in vollem Gange.

2. Es gibt für die **"Verursachung von schweren seelischen Schäden in einer nationalen, ethnischen, rassischen Gruppe"** keinen stärkeren Beweis, als das galoppierende Aussterben, den Volkstod, wie es beim Deutschen Volke seit Jahrzehnten feststellbar ist. In Zukunft vermindert sich das Deutsche Volk bekanntlich in jedem Jahrzehnt um die Holocaustzahl 6 Millionen.
Die **seelischen Schäden an Mitgliedern,** ja an nahezu allen Angehörigen des Deutschen Volkes, werden insbesondere durch eine absolut lügenhafte Alleinschuld-Anklage über die Kriegsschuld und behauptete Kriegsverbrechen verursacht. .

3. Die gesetzesbrecherische Bonn/Berliner Gesamtpolitik der libertinären Zerstörung der Familie führte und führt zwangsläufig zur **tödlichen Geburtenverhinderung in Deutschland.** Die Hauptursachen dafür sind:

• Die mangelhafte finanzielle Unterstützung der Familie, ja deren verbrecherische Auspressung durch hohe Steuern (Mehrwertsteuer, Stromsteuer, Ökosteuer, Einkommensteuer u.v.a.m. – Die summierte Steuerlast einer Arbeiterfamilie beträgt ca. 30% des Bruttoeinkommens!)
• Die dadurch oft notwendige Berufstätigkeit von jungen Müttern ist ein Irrsinn,der durch eine verbrecherische, offizielle Propagierung noch verstärkt wird.
• Die offizielle Zulassung rechtswidriger Abtreibung.

Jeder Deutsche ist sittlich verpflichtet und durch sein Widerstandsrecht (Art. 20 GG) berechtigt, diese offizielle Volksmordpolitik des Bonn-Berliner Systems mit allen Mitteln zu verhindern und zu beenden.

Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß diese Zerstörungspolitik in Deutschland absolut rechtswidrig ist, rechtswidrig mit Mitteln staatlicher Gewalt vollzogen wird, und daß die allein sittlichen Gegner dieser Politik, – die volksbewußten, das Leben bewahrenden Deutschen –, mit Gewalt und Terror daran gehindert werden, ihre verfassungsrechtlich garantierte freie Meinung zu dieser Frage frei zu äußern, und das höchste Verfassungsgebot: die Erhaltung des Lebens unseres Volkes als politisches Ziel nicht frei vertreten dürfen.

Das göttliche Recht – die Gottespflicht der Erhaltung des Lebens

Die Erhaltung des Lebens, das heißt für jeden Angehörigen eines Volkes: die Erhaltung des Lebens seines Volkes, ist die höchste sittliche Pflicht jedes Menschen und die unhinterfragbare Grundlage aller Religion und jeden Rechts.

Dies ist eine nicht nur philosophisch-religiös begründete Überzeugung, sondern auch wissenschaftliche Gewißheit. Die moderne Evolutionslehre, die sicherste wissenschaftliche Grundlage des Wissens vom Leben, der Lebensgesetze, stellt fest:

"Die Population (oder Art) ist die Einheit der Evolution",[6]

"Einheit der Evolution", das heißt: Träger – Bewahrer – des Lebens. Leben gibt es auf die Dauer – also nachhaltig – nur in Populationen. (Arten. Nach Darwin: Rassen.)

Der härteste Kampf

Die Erhaltung des eigenen Volke war bisher – in der Geschichte aller Völker – die selbstverständlichste, wichtigste und höchste Aufgabe jeder Politik und, weil selbstverständlich, unausgesprochen die bestimmende Grundlage jeder Staatsverfassung.

Vorbemerkung

In der gesamten Ausarbeitung werden aufgrund amtlicher statistischer Zahlen die Kosten der in Deutschland lebenden Ausländer berechnet und dargestellt. Die amtlichen Quellen werden jeweils durch Fußnoten angegeben.

Bevor wir mit dem Abdruck in dieser Ausgabe und den weiteren Folgen der HUTTENBRIEFE beginnen, drukken wir das gesamte Inhaltsverzeichnis der groß angelegten Arbeit ab.

Inhaltsverzeichnis

— — —

Das Verschweigen der finanziellen Belastungen

Die Veröffentlichung dieser Kosten und eine ihrer Bedeutung entsprechende breite öffentliche Diskussion in den Parlamenten und Medien, das heißt ein Bewußtmachen der Belastung der öffentlichen Haushalte, also die Belastung der deutschen Steuerzahler, wäre in einem demokratischen Staat die selbstverständlichste Aufgabe und Pflicht der Regierungen des Bundes und der Länder und der diese tragenden Parteien; diese Öffentlichkeit wird jedoch aus ideologischen, gegen die Interessen des Deutschen Volkes gerichteten Gründen, schon immer unterlassen und verweigert.

Diese Verweigerung stellt einen eklatanten Bruch der

Verfassung und der Gesetze dar; denn nach dem Haushaltsrecht ist jede Regierung durch Gesetz verpflichtet, öffentliche Mittel aufs Sparsamste zu verwenden und diese selbstverständlich nur im Interesse des Volkes auszugeben.

Die absolute Aufgabe der Politik und der Behörden wäre, daß bei der Ausgabe jedes Euro für Ausländer die Frage gestellt werden müßte, ob dieses Geld nicht vor allem für deutsche Menschen, vor allem für eine deutsche Familienpolitik, für deutsche Kinder und damit für die Sicherung der Zukunft des Deutschen Volkes eingesetzt werden müßte!! Jede andere Politik ist Verbrechen.

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder haben zudem die gesetzliche Aufgabe, die Effektivität der Mittelvergabe, also eine Kosten-Nutzenrechnung durchzuführen. – Dabei ist die Grundlage für den Nutzenbegriff das Gemeinwohl des Deutschen Volkes.

Sinn und Ziel muß dabei eine Optimierung (Bestgestaltung) des Einsatzes der finanziellen Mittel sein.

Daß gegen diese Gesetzes-Vorgaben seit Jahrzehnten ständig aufs Gröbste verstoßen wird, ist ein Skandal sondergleichen.

Die Parlamente, insbesondere die Oppositions-Parteien, deren wichtigste Aufgabe ja die Kontrolle der Regierung ist, versagen auch hier vollständig, weil sie, wie in ihrer gesamten Politik, von lebenszerstörenden Ideologien geleitet werden, – und nicht von den lebensnotwendigen Interessen des eigenen Volkes.

Ein besonders groteskes Verhalten und der Beweis übelster Phrasendrescherei in der BRD-Politik ist die immer wieder aufflammende Diskussion über den Abbau sogenannter Subventionen, z. B. Stützungen für den Bergbau oder die Landwirtschaft. - Vor allem die sogenannten Liberalen können sich in dieser Frage nicht genug ereifern.

Daß die Verschwendung von jährlich über 200 Milliarden DM (100 Mrd. Euro) an Ausländer eine Subvention des Wahnsinns darstellt, die alle anderen Subventionen zusammen um ein Mehrfaches übertrifft, das wurde und wird allerdings von diesen Leuten nie auch nur mit einem Wort erwähnt. – Aus niederträchtiger Feigheit verschweigen diese angeblich "Freien" das Notwendige.

Ehrliche Information – Objektive Quellen

In der nachstehenden Ausarbeitung ist für jede Zahl eine amtliche- oder eine Medienquelle angegeben.
Jeder Leser der Studie kann also die verwendeten Zahlenangaben und die daraus abgeleiteten Berechnungen lückenlos überprüfen.
Jeder Leser ist aufgefordert, dem Verfasser evtl. Unrichtigkeiten oder Fehler mitzuteilen, damit die Studie in ihrer Objektivität noch mehr gestärkt werden kann.
Angaben über finanzielle Leistungen der Ausländer werden zu deren Gunsten auf dieHundertmillionenstelle aufgerundet, Belastungen entsprechend abgerundet.
Die Berechnungen, insbesondere der Leistungen der Ausländer, erfolgen nachstehend in allen Einzelheiten, damit jedem unsachlichen Einwand der Boden entzogen wird.

Beweise für die Politik der Niedertracht

Auf welch verbrecherische Weise die Ausländerpolitik von den herrschenden Parteien, einschließlich der Opposition, heute in Deutschland betrieben wird, zeigt nachstehende Kritik:

"... Hier liegt ein zweiter Anlaß zur Empörung. Gemeint ist die Empörung von Ministerialbeamten, deren Gerechtigkeitsgefühl verletzt ist. Sie spielen Zeitungen vertrauliche Papiere zu. Hintergrund ist, daß ein Schweigekartell aller Parteien und Gebietskörperschaften die immensen Milliardenkosten der Zuwanderung gezielt aus Statistiken heraushält – mit jenem Argument des Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Landowsky von 1996, 'weil dies Emotionen gegen Ausländer in Berlin schüren könnte'. So ist man auf interne Papiere angewiesen: Zum Beispiel jenes aus dem Bundesgesundheitsministerium, wonach von den 18- bis 24jährigen Männern, die Sozialhilfe beziehen, 65 Prozent Ausländer sind. Bei den 25- bis 50jährigen sind es 50 Prozent. Und aus einem baden-württembergischen Ministerium erreicht uns die Zahl, daß allein von 1994 bis 1997 der Anteil der nichtdeutschen Sozialhilfe-Bezieher von 27,8 auf 34,7 Prozent angestiegen ist.
Die Ausverkaufspolitik der Sozialsysteme muß die Regierung Schröder in Ordnung bringen. Schuld sind nicht die Zuwanderer. Sie nutzen eine weltweit einmalige Chance. Zu verantworten hat das bisher die CDU-Regierung Kohl. Sie hat 16 Jahre lang eine unverantwortliche (Sozialhilfe) Zuwanderungspolitik treiben lassen und die Sozialsysteme für versicherungsfremde Zwecke geplündert. Dies wurde flankiert von SPD und Grünen, die bis zum Asylkompromiß von 1993 den hunderttausendfachen Asylanten-Zustrom unterstützten. Eine Folge von alledem ist, daß die Zahl der Arbeitslosen ohne Berufsqualifikation horrend angestiegen ist. Sozialfunktionäre beklagen nun die 'neue Armut'. Dem hält die Langzeitstudie des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen entgegen: Die 'Neue Armut' ist auf Zuwanderung zurückzuführen. Ohne diese wäre die Zahl der Bedürftigen nahezu gleichgeblieben. Dadurch hätte der Staat viele Milliarden mehr für das 'untere Drittel' der eigenen Bevölkerung: Kleinverdiener, Kleinrentner und überhaupt 'kleine Leute', die den Politikern in Sonntagsreden so am Herzen liegen."[7]

Diese Veröffentlichung erfolgte in Zeitungen mit einer Auflage von ca. 200 000 Exemplaren! Aber geändert hat auch diese Kritik natürlich gar nichts. Die verbrecherische Politik des von einer Volksmordideologie besessenen Bonn/Berliner Parteiensystems ist unbelehrbar.

Dieses Fehlverhalten der Politik steht außerdem in vollständigem Gegensatz zu der Idee des freien Wettbewerbs, die ja als wichtigster wirtschaftspolitischer Leitgedanke, sowohl im Blick auf die eigene Wirtschaft, wie im internationalen Bereich gilt, – und von den Bonn-Berliner-Systemparteien heuchlerisch ständig proklamiert wird.
Ziel der Wettbewerbswirtschaft ist bekanntlich der optimale (bestwirkende) Einsatz der Ressourcen (Mittel, Kräfte, die einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehen).
Die Immigration (Einwanderung) von ca. 10 Millionen Ausländern in Deutschland steht in vollständigem Widerspruch zu diesem zwingenden Grundsatz einer freien Wirtschaft, die ja grundsätzlich als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie notwendig gilt.
Die kriminelle Mißachtung dieses Prinzips im Falle der Ausländerpolitik ist ohne Zweifel die Hauptursache für das Absinken der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in den letzten beiden Jahrzehnten.

Die deutsche Wirtschaft hat sich bekanntlich in dieser Zeit von der Lokomotive in der Europäischen Gemeinschaft zu deren Schlußlicht gewandelt.
Der absolute Widersinn dieser Politik wird am meisten offenkundig durch die völlig verantwortungslosen Forderungen maßgebender Wirtschaftskreise, die die Schleusen für die Einwanderung noch weiter öffnen wollen.

Tatsache ist, und dies wird im Folgenden unwiderlegbar nachgewiesen, daß jeder Euro, der durch Ausländer im Wirtschaftsprozeß geschaffen wird, mit zwei Euro an öffentlichen Ausgaben subventioniert werden muß.

Dieser absolute Wahnsinn entlarvt das ständige Geschrei aus Unternehmerkreisen und ihrer politischen Sekundanten in der FDP und CDU nach Subventionsabbau (z.B. in der Landwirtschaft, im Bergbau, in der Sozialversicherung u.v.a.m.) als eine infame Hetze, die nur dem eigenen Vorteil einer Gewinnmaximierung auf Kosten der abhängig beschäftigten Deutschen dient.
Daß dieser kriminell-zerstörerische Angriff maßgebender Wirtschaftskreise auf unsere soziale Wirtschaftordnung, insbesondere von den sich sozial nennenden Parteien und von den Gewerkschaften, ohne massive Gegenangriffe hingenommen wird, ist der eigentliche Skandal in der deutschen Wirtschaftspolitik, der durch die Tatsache, daß dieser Wahnsinn fast vollständig durch die Steuerleistungen des deutschen Arbeitnehmers finanziert wird, – während, nach der offiziellen Finanzstatistik, die Unternehmer ja so unverhältnismäßig Steuern zahlen –, ins Gigantische wächst.

Die Ausländerkosten sind eine Fortsetzung und Steigerung der wirtschaftlichen Ausraubung des Deutschen Volkes, der wir seit 1945 unterworfen sind

Die jährlichen Kosten der Ausländer entsprechen ziemlich genau der jährlichen deutschen Investitionsqoute (=Sparquote) in Höhe von ca. 250 Milliarden DM. Das bedeutet, daß bei Einsatz dieser Mittel für die Modernisierung der Wirtschaft die Produktivität, und das heißt der Wettbewerbsvorsprung im internationalen Wettbewerb, um das Doppelte gesteigert werden könnte und damit die Abhängigkeit von (ausländischen) Arbeitskräften immer mehr vermindert werden könnte.
Summiert man diesen Verlust an Produktivität über die Jahre seit der ersten Ausländeranwerbung, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die deutsche Wirtschaft heute nur mit deutschen Arbeitskräften um ca. das Doppelte produktiver sein könnte !!! als zum gegenwärtigen Stand. – Das heißt, Deutschland hätte eine uneinholbare Spitzenposition unter allen Industrieländern inne und keinerlei Bedarf an ausländischen Arbeitskräften. Diese Stellung hätte noch um ein Mehrfaches gesteigert werden können, wenn die "Ausraubung des Deutschen Volkes" in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg bis zum Abzug der sowjetischen Verbrechermacht 1994 verhindert bzw. vermindert worden wäre, was ohne Zweifel durch einen gemeinschaftlich organisierten nationalen Widerstand aller deutschen Regierungen, Parteien, Gewerkschaften, des ganzen Volkes möglich gewesen wäre. – Aber zu nationaler Politik, das heißt lebensnotwendiger Selbsterhaltungspolitik, waren bekanntlich alle Beteiligten des Bonn-Berliner Systems bis heute völlig unfähig.

Die schwersten Verluste der Ausraubung seit 1945 waren: Patentraub; Reparationen; Raub des gesamten Auslandsvermögens; Raub der Ostgebiete und des Sudetenlandes; Raub des Eigentums der Rußland- und Balkandeutschen.

Insgesamt wurden seit 1918 bis heute 35 Millionen[8] Deutsche verfolgt, – ihrer Freiheit beraubt, – von ihrem viele Jahrhunderte kultivierten Heimatboden vertrieben, – ihres Eigentums beraubt, – deportiert, – geschändet, – vergewaltigt und zwischen 2,5 und 3,0 Millionen davon ermordet. – 35 Millionen: das ist fast die Hälfte des Deutschen Volkes, des größten Kulturvolkes Europas!

Sie alle, die 35 Millionen, hätten nach den Bestimmungen der Genfer Konvention als "Verfolgte" geschützt werden müssen, weil sie allein wegen ihrer deutschen Nationalität und ihrer germanischen Rasse verfolgt wurden! – Doch für die Deutschen gelten die von der westlichen Welt so laut verkündeten Menschenrechte bis heute nicht!

Insgesamt beträgt die Zahl der ermordeten Deutschen 13.722. 000 (einschließlich der 1 Million Opfer durch den alliierten Bombenterror, der 3.242.000 vernichteten Kriegsgefangenen, der 5.700.000 durch die Hungerpolitik der Westalliierten und der von den russischen Bolschewiken aus politischen Gründen Ermordeten nach dem Krieg.)
Ein weiterer gigantischer Teil der Ausraubung war die Zwangsarbeit von insgesamt **73 Milliarden Zwangsarbeitsstunden** der insgesamt 11,1 Millionen deutschen Kriegsgefangenen und 1,7 Millionen Zivilverschleppten bis zum Jahr 1956; 50 Jahre **Besatzungskosten** (1945–1994); 45 Jahre lange **Ausraubung** von jährlich 25% des Sozialprodukts der DDR durch die Sowjetverbrecher; 45 Jahre lang Verhinderung einer deutschen Entfaltung der Wirtschaft in der DDR durch den Kommunismus der Sowjetverbrecher und SED-Landesverräter, was einen Ausfall von 50% des erstellten DDR-Sozialprodukts bewirkte; sogenannte **Wiedergutmachung;** sogenannte **Entwicklungshilfe;** 50 Jahre lang **Netto-Beitrag zur EG und EU** in Höhe von weit über 1000 Milliarden DM.

Insgesamt entspricht der Wert dieser Ausraubung mit Zins und Zinses-Zins ca. **10 heutigen Bruttosozialprodukten der gesamten deutschen Wirtschaft in Höhe von 40 Billionen DM (40.000 Milliarden DM).**[9]

Der Leser darf sich durch die unvorstellbare Größe dieser Summen nicht irre machen lassen, sie sind unwiderlegbar dokumentiert. Selbstverständlich war und ist die Bonn-Berliner Politik und die ihr hörige Wirtschaftswissenschaft nicht bereit, derartige Berechnungen anzustellen, geschweige diese zu veröffentlichen und demokratisch zur Diskussion zu stellen.

Kein Politiker, keine politische Partei, keine Regierung, kein Wissenschaftler, kein Wirtschaftsmacher hat es seit 1945 gewagt, gegen diese mörderische Behandlung und gegen die schamlose Unterwerfung unter den Willen der Siegerverbrecher mit der notwendigen Stärke zu protestieren und die oben genannten Leistungen des Deutschen Volkes zu dessen Entlastung ins Feld zu führen, wie dies in jedem anderen Staate selbstverständlich wäre. Im Gegenteil: immer neue Erpressungen, wie die sogenannte Zwangsarbeiter-Entschädigung 2001, werden sogar mit größter Zustimmung der sogenannten politischen Klasse hingenommen!

Die Hinnahme und das schamlose Verschweigen der Ausländerkosten sind die Fortsetzung der Ausraubung des Deutschen Volkes und dessen widerstandslose Unterwerfung unter das westalliierte Unterjochungssystem.

Es besteht kein Zweifel, daß dafür die CDU die meiste Schuld trifft, denn es war während der Regierungszeit Kohls, daß diese Lasten auf die heutige Höhe ungebremst und ungeprüft anwuchsen. Die Figur Kohl hat sich bedingungslos dem Willen insbesondere der amerikanischen Zerstörer Deutschlands unterworfen, vermutlich als erpreßtes Zugeständnis fürdie sogenannte Wiedervereinigung.
Die deutsche Wirtschaft durfte nie mehr und auf keinen Fall ein ernsthafter Konkurrent der US-Wirtschaft werden.
Diese Zerstörung der deutschen Leistungsfähigkeit und Wettbewerbskraft ist schon jetzt 2001 wegen der katastrophalen Bevölkerungsentwicklung (nach der amtlichen Statistik: Volkstod der Deutschen durch Geburtenausfall und Überalterung pro Jahrzehnt von ca. 6 Millionen) unkorrigierbar.

Die bewußte Verweigerung einer korrekten Kostenerfassung und Veröffentlichung der Ausländerbelastung durch die Regierung, Behörden und Medien

Um die ungeheure, kriminell erzeugte Belastung der Deutschen durch die Ausländerkosten nicht offenkundig zu machen, weigern sich die Behörden, die notwendigen Zahlen zu erfassen bzw. zu veröffentlichen. Als Beispiel seien genannt:

1. Die Arbeitseinkommen (Löhne, Gehälter) der Ausländer werden weder von der Arbeitsverwaltung noch von den Finanzbehörden veröffentlicht; vermutlich nicht erfaßt.

2. Die Steuerleistungen der Ausländer werden nicht veröffentlicht; vermutlich nicht erfaßt.

3. Die Sozialausgaben an Ausländer werden nur sehr unvollständig veröffentlicht.

4. Besonders unbefriedigend ist die Veröffentlichung der Kosten für Jugendhilfe, Sonderschulen, Sprachunterricht, besondere Ausländerbetreuuung in sogenannten Problemgebieten (überwiegend von Ausländern bewohnt) und ähnliche Leistungen. Allein für diese Leistungen entstehen Kosten von mindestens 10 Milliarden DM pro Jahr.

5. Weit höhere Kosten entstehen auf dem Gebiet der Ausländerkriminalität, die ca. 40% der Schwerkriminalität umfaßt; folglich muß ein eben solcher Anteil für die Kosten der Kriminalpolizei, der Strafjustiz, des Strafvollzuges (Gefängnisse; Kapital- und Betriebskosten inklusive Personal des Vollzugsdienstes) berechnet werden.

6. Grundsätzlich müssen ca. 20% der Kosten aller Verwaltungsleistungen, insbesondere dieser Prozentsatz an den Personalkosten als Belastung durch Ausländer angesetzt werden, da diese bei einem Anteil von ca. 12% der Bevölkerung in Deutschland im Minimum das Doppelte an Verwaltungsarbeit wie deutsche Staatsbürger erfordern. Eine vollständige und korrekte Erfassung wird durch die ungenaue Abgrenzung der verschiedenen Ausländergruppierungen: Gastarbeiter – mit Familienangehörigen – Asylanten – Flüchtlinge – Geduldete– Untergetauchte – Eingebürgerte – außerordentlich erschwert. Dies ist für die Gruppe der sogenannten eingebürgerten Ausländer von besonderer Bedeutung, da ihr Umfang bis 2001 ca. 1 Million[10] beträgt (=11% der in der Statistik als Ausländer bezeichneten Ausländer),ihr sozialer Status sich aber durch die Einbürgerung nicht verändert hat, so daß alle ihre Kosten selbstverständlich den Ausländerkosten hinzugefügt werden müssen.

Keine Anklage gegen Ausländer, sondern gegen die kriminelle deutsche Politik

Die dargestellten Manipulationen, die Verweigerung der offenen, ehrlichen Information gegenüber der die Lasten tragenden deutschen Bevölkerung, das Verschweigen und die Täuschungen durch die Politiker aller Richtungen und die widerspruchslose Hinnahme dieser verbrecherischen Politik durch die Behörden aller Stufen sind ein einmaliger, beispielloser Vorgang an Freiheitsverzicht und Unterwerfung.

Dadurch wird alles Gerede vom “freiheitlichen Rechtsstaat” als Lüge und Verhöhnung des Volkes entlarvt.
Die Anklage richtet sich nicht gegen die Ausländer, sondern ausschließlich gegen das korrupte Lügensystem der Bonn/Berliner Politik.

(Fortsetzung folgt.)

Karl Baßler

Anmerkungen:

[1] “Die Welt”, Nr. I27, 3.6.1980, S. I. – Aus der Rede des Papstes vom 2.6.1980 in Paris vor der “Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur” (UNESCO).
[2] “DIE ZEIT”, 11.4.2002, LESERBRIEFE.
[3] “Frankfurter Allgemeine Zeitung”, 17.4.2002, “Wir werden damit nicht fertig”; “Vermächtnis in Gesprächsform: Der frühere Bundeskanzler Schmidt blickt zurück. ” – Rezension des Buches: “Helmut Schmidt: Hand aufs Herz. – Helmut Schmidt im Gespräch mit Sandra Maischberger”, Econ Verlag, München 2002.
[4] “Becksches Rechtslexikon”, Stichwort “Unterlassene Hilfeleistung”, C. H. Beck Verlag, München 1996, Beck-Texte im dtv.
[5] “Menschenrechte”, C. H. Beck Verlag, München 1979, Beck-Texte im dtv.
[6] Ernst Mayr: “Das ist Biologie”, S. 43, Spektrum Akademischer Ver-

lag, Heidelberg-Berlin 1998. Mayr gilt als der führende Evolutionsbiologe und wird in den USA als der bedeutendste Naturwissenschaftler der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts bezeichnet.

[7] Chefredakteur Jürgen Offenbach im Mantelteil der "Stuttgarter Nachrichten" vom 14.9.1999.

[8] Die Zahl 35 Millionen errechnet sich aus:

1.) Über 18 Millionen Deutsche aus den deutschen Ostgebieten, aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Siehe: Gerhard Reichling, "Die deutschen Vertriebenen in Zahlen", Teil I, S. 17, herausgegeben von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, 1986 mit einem Vorwort von Dr. Kurt Horstmann, Abteilungspräsident a.D. im Statistischen Bundesamt.

2.) Als Verfolgte und ihrer Freiheit Beraubte müssen auch die 16 Millionen Bewohner der mitteldeutschen Gebiete der ehemaligen DDR gelten, ebenso die über 1 Million nach dem 1. Weltkrieg unterjochten Südtiroler und Elsaß-Lothringer, von denen 150.000 vertrieben wurden.

[9] Diese Berechnung wurde auf der Grundlage von amtlichen Quellen im einzelnen nachgewiesen in: Karl Baßler, "Die Ausraubung des Deutschen Volkes nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft bis zur Gegenwart", Herausgeber: Deutsche Kulturgemeinschaft , Graz 1988.

[10] Statistisches Bundesamt: "Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland", erschienen im August 2001, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart, S.108–109. Der dort bis 1999 genannten Gesamtzahl von 661.000 wurden für 2000 und 2001 durch das neue Einbürgerungsrecht stark erhöhte Einbürgerungszahlen für jedes dieser Jahre von jeweils 200.000 Personen hinzugezählt.

ORF, 10.9.2002

EU-Kritik an der österreichischen Sozialpolitik:

"Das neue Kindergeld könnte Mütter von Kindern den Anreiz nehmen, wieder arbeiten zu gehen."

Der perfide Plan zum Null-Wachstum des Deutschen Volkes und zur Zerstörung der gesunden Familie wird unverhüllt offen von EU-Brüssel propagiert, um deutsche Regierungen politisch zu reglementieren.



Werbung für die HUTTENBRIEFE

Liebe Freunde!

Es ist jedem klar, der die Lage richtig einschätzt, daß eine breitere Werbung in der Öffentlichkeit aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist.

Die Werbung für unsere HUTTENBRIEFE kann am wirksamsten nur an den einzelnen Volksgenossen herangetragen werden.

Erprobt ist mit guten Erfolgen das Auffinden von Leserbriefschreibern, die in allen Zeitungen zu finden sind.

Es ist kein großer Zeitaufwand erforderlich, in unserem Sinne positive Schreiber auszuwählen, aus der Zeitung auszuschneiden und an uns einzusenden. Es macht uns wenig Mühe, die betreffenden Anschriften aufzufinden und ein Probeheft dorthin zu senden.

Die Leserbriefe mit Namen und möglichst auch mit Örtlichkeit einsenden an:

Freundeskreis Ulrich von Hutten, Postfach 43, D-63811 Stockstadt.

Lisbeth Grolitsch



Ehrenschild für junge Mütter

Der Freundeskreis Ulrich von Hutten und die Deutsche Kulturgemeinschaft Österreich stiften einen Ehrenschild für junge Mütter in Form eines in Silber ausgeführten Schmuckstückes mit schön gestaltetem Sinnbild.

Bedingungen: Für jede gesunde junge Mutter, die mindestens 4 Kinder geboren hat (bis 16 Jahre). Gesunde Familie.

Vorschläge mit Namen und Anschrift sind zu richten an die Schriftleitung der HUTTENBRIEFE.

Die genauen Auskünfte werden über Fragebogen eingeholt. Ab 2003 sind Ehrungen bei örtlich stattfindenden Veranstaltungen der Sommersonnenwende vorgesehen.

Gerd Zikeli
83052 Bruckmühl

An den
NATION EUROPA Verlag
Postfach 2554
96414 Coburg

Bruckmühl, 8. Juli 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

deutsche Selbstbezichtigung, wie sie leider immer häufiger auch in nationalen Publikationen anzutreffen ist, überschreitet manchmal die Grenze des Erträglichen. Ein bedauerliches Beispiel dafür erblicke ich in der von Herrn Dr. Fritz Stenzel in seinem Aufsatz "Kollaborateure mit schlechtem Gewissen" (NE, Heft 7/8, 2002) getroffenen Feststellung, daß die Benesch-Dekrete "in ihrer antideutschen Stoßrichtung ebenso rassistisch wie die Nürnberger Judengesetze des Dritten Reiches" waren. Jeder geschichtlich unaufgeklärte Leser kann daraus nur folgern: Was die Tschechen 1945 den Sudetendeutschen antaten, hatte sein Vorbild in dem, was die Deutschen 1935 bereits gegen die Juden planten. Eine zentrale Umerziehungs-These wird damit in unverantwortlicher Weise aus der Zeitschrift "Nation & Europa" heraus bestätigt. Da hilft es nur wenig, wenn man dem Impressum von "Nation & Europa" entnimmt: "Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt der Redaktionsmeinung entsprechen."

Der Begriff "Rassismus" und das gleichfalls polemisch verwendete Prädikat "rassistisch" entstammen dem politischen Diffamierungs-Vokabular der Internationalisten. Um den kommunistischen "Befreiungsbewegungen" in der sog. Dritten Welt theologische Schützenhilfe zu leisten, faßte der Ökumenische Weltkirchenrat vor über 30 Jahren seinen "Rassismus-Beschluß". Dazu nahm der evang. Theologe Wilhelm Stählin in "Nachrichten der Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher" (Heft Nr. 6/Juni 1971) Stellung und warnte eindringlich vor dem Mißbrauch des Begriffs "Rassismus" im kirchlichen Bereich. Aus dieser Stellungnahme, die übrigens in Übereinstimmung mit den rassenkundlichen Erkenntnissen stand, sei hier folgendes kurz wiedergegeben: "Daß es verschiedene Rassen gibt und daß diese Rassen sich eben nicht nur durch die Hautfarbe, sondern auch in ihrem ganzen seelischen und geistigen Habitus, in ihren sittlichen Anschauungen und ihren Denkgewohnheiten, in den Formen ihres menschlichen Miteinander (in ihren sozialen 'Strukturen') verschieden sind, eine verschiedene Geschichte haben und zum Teil auf ganz verschiedenen Kulturstufen stehen, kann niemand bestreiten... Diese Verschiedenheit braucht keineswegs im Sinn eines Gegensatzes oder einer Feindseligkeit verstanden zu werden." Stählin folgerte daraus zutreffend: "Nur die Überbewertung der eigenen Rasse und die Feindseligkeit, die der anderen Rasse ihr Daseinsrecht bestreitet, die Beherrschung oder Vergewaltigung einer Rasse durch eine andere Rasse sollte daher als 'Rassismus' bezeichnet werden. Die Anerkennung der Verschiedenheit und der Versuch, aus dieser Verschiedenheit bestimmte sachlich notwendige Konsequenzen zu ziehen, ist nicht 'Rassismus'."

Genau das, was in diesem letzten Satz festgehalten wird, war ausschlaggebend für die Verkündung des Reichsbürgergesetzes von 1935 in Nürnberg, das damals, wie in ihrer Redaktion bekannt sein dürfte, auch die Zustimmung führender Zionisten fand (siehe u.a. Heinrich Härtle, "Deutsche und Juden. Studien zu einem Weltproblem", Druffel Verlag, Leoni am Starnberger See 1977, 2. Auflage, Seite 284 f.). Lediglich am Rande sei noch vermerkt, daß die Juden bereits aus biblischen Zeiten ihr eigenes Rassengesetz besaßen, festgeschrieben durch den Priester und ihren Volksführer Esra. Für spätere antijüdische Maßnahmen im Dritten Reich spielten jedoch im wesentlichen ganz andere Faktoren eine Rolle, wobei die heutige offizielle Zeitgeschichtsschreibung bei der Behandlung dieses Themas alles ausblendet, was die deutsche Seite entlastet.

Die Schieflage des von Herrn Dr. Stenzel angestellten Vergleichs zwischen Benesch-Dekreten und Nürnberger Gesetzen wird allerdings auch daraus ersichtlich, daß die Sudetendeutschen nicht freiwillig im tschechischen Staat lebten. Sie lebten in ihren angestammten Siedlungsgebieten und wurden ohne Berücksichtigung ihres Selbstbestimmungsrechts nach dem 1. Weltkrieg in die tschechische Staatskonstruktion hineingepreßt, die ihrerseits ein Werk der damaligen Siegermächte war.

Der wegen seines angeblichen Versöhnungswillens so viel gepriesene tschechische "Dichterpräsident" Vaclav Havel hat zwar die von seinen Landsleuten begangenen Gewaltverbrechen an den Sudetendeutschen und deren kollektive Vertreibung wiederholt mit wenig überzeugenden Worten bedauert, führt sie aber, wie das auch hierzulande üblich ist, auf das vorausgegangene sechsjährige "nazistische Wüten" zurück. Im selben Atemzug beklagt er, daß die nicht "ordentlich gerichtet" wurden, "die ihren Staat verraten haben" (vgl. seine Begrüßungsrede für Richard von Weizsäcker auf der Prager Burg vom März 1990). Herr Havel scheint übersehen zu haben, daß der "tschechische Staat" niemals der Staat der Sudetendeutschen war und auch nicht der Staat aller anderen Volksteile, die ihm gegen ihren Willen einverleibt wurden. Sie alle sahen in ihm, bestärkt durch die Erfahrungen zweier Jahrzehnte, nur ein Völkergefängnis und weinten ihm, als sie ihn endlich 1939 verlassen durften, keine einzige Träne nach. So ist es geradezu lächerlich, wenn Herr Havel, der mit der Geschichte der ersten tschechischen Republik offenbar wenig oder gar nicht vertraut ist, in diesem Zusammenhang von Staatsverrat spricht. Ein solcher wäre allerdings mühelos den Tschechen gegenüber der Donaumonarchie nachzuweisen.

Machen wir uns aber bitte nichts vor: selbst die jüngsten zynischen Auslassungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman, demzufolge man den Sudetendeutschen mit ihrer gewaltsamen Vertreibung geradezu einen Gefallen tat, indem man sie ihrem eigenen Wunsch entsprechend "heim ins Reich" schickte, stellen für den geplanten EU-Beitritt Tschechiens keinerlei Risiko dar. Unsere zahlreichen Freunde, die wir Deutschen in den Regierungen Westeuropas haben, werden zweifellos dafür sorgen, daß dieser Beitritt ohne nennenswerte Schwierigkeiten vollzogen wird. Und die in Berlin Regierenden werden ihren "lieben Sudetendeutschen" zuliebe ebenfalls kein Veto dagegen einlegen. Das sogenannte Weltgewissen hat sich noch jedesmal taub gestellt, wenn ihm an Deutschen begangenes Unrecht zu Ohren kam.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Zikeli

Die Feindstaatenklauseln 53 und 107 der UNO-Charta:

"Artikel 53

1. Der Sicherheitsrat zieht, wo es angezeigt ist, solche regionale Abkommen oder Organe heran, um Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität durchzuführen. Auf Grund regionaler Abkommen oder durch regionale Organe sollen jedoch keine Zwangsmaßnahmen ohne Ermächtigung durch den Sicherheitsrat ergriffen werden, **ausgenommen Maßnahmen gegen irgendeinen feindlichen Staat im Sinne des Absatzes 2 dieses Artikels, wie sie im Artikel 107** oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abkommens **vorgesehen sind,** bis die Organisation auf Ersuchen der betroffenen Regierungen mit der Aufgabe betraut wird, weitere Angriffe durch einen solchen Staat zu verhüten.

2. Der im Absatz 1 dieses Artikels verwendete Ausdruck feindlicher Staat bezeichnet jeden Staat, der während des zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Signatars der vorliegenden Satzung gewesen ist."

"Artikel 107

Keine Bestimmung der vorliegenden Satzung macht Maßnahmen ungültig oder unanwendbar, die gegen einen Staat, der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Signatars der vorliegenden Satzung gewesen ist, als Folge dieses Krieges von den Regierungen ergriffen oder gestattet werden, welche die Verantwortung für solche Maßnahmen haben."

(Auszugsweiser Abdruck der UNO-Charta als Erläuterung zu den Feindstaatenklauseln kann bei besonderem Interesse von der Schriftleitung der HUTTENBRIEFE angefordert werden.)



Hauptschriftleitung: Lisbeth Grolitsch

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Für die BR-Deutschland:
FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN e. V.
Postanschrift: D-63811 Stockstadt, Postfach 43. Schriftleitung: Dr. Heinz Brendel, D-70193 Stuttgart, Hölderlinplatz 4. Kein gewerbliches Unternehmen. Jahresgebühr € 21,--, Einzelstück Eur 3,50. Spendenkonto: Bankhaus Reithinger KG, Kto.-Nr. 206580, BLZ 69230010. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche Zuschriften sind zu richten an: FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN e. V., 63811 Stockstadt, Postfach 43.

Für Österreich:
DEUTSCHES KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES, A-8020 Graz, Strauchergasse 23. Kein gewerbliches Unternehmen. Jahresgebühr € 21,--, Einzelstück € 3,50. Spendenkonto: Stmk. Sparkasse, Kto.-Nr. 4000-600-504, BLZ 20815. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Richtung: Für deutsche Kultur. Weltanschauliche Wertung auf der Grundlage naturgesetzlicher Lebensordnung. Volktreu.
Druck: Eigener Druck. * Nachdrucke aus den HUTTENBRIEFEN bedürfen der Genehmigung durch die Schriftleitung der HUTTENBRIEFE.
Bei Nachdruck ist der Schriftleitung ein kostenloses Belegexemplar zuzusenden. *
DVR-Nr. 0667862.

Wir empfehlen:

HUBERT DEURINGER
"Das besondere Liederbuch"

In einem Aufsatz "Das deutsche Volkslied früher und heute" schrieb Hubert Deuringer, nachzulesen im HUTTENBRIEF 6/89, und die Fortsetzung im HUTTENBRIEF 5/90: "Das deutsche Volksliederarchiv in Freiburg beherbergt derzeit einen Schatz von über 500.000 Volksliedern und Volksweisen in seinen Sammlungen. Es ist eine fast unglaubliche Zahl, wie sie nicht annähernd ein zweites Volk der Welt aufzuweisen hat. Allerdings kennen wir davon lediglich noch etwa 400 Lieder, **und gesungen werden kaum noch 100."**

Nun legt Hubert Deuringer, der sich um die deutsche Volksmusik auch als Orchesterleiter des Süddeutschen Rundfunks und als Akkordeon-Solist besonders verdient gemacht hat, eine Leistung vor, die in Umfang, inhaltlicher Fülle, musikalischer Qualität und drucktechnischer Aufbereitung als Standardwerk bezeichnet werden kann: Auf 800 Seiten entstand eine Sammlung von 765 schönsten deutschen Volksliedern, musikalisch überarbeitet, mit einer großen Auslese schwäbischer Gesänge, von zahlreichen, liebevoll ausgewählten Bildern deutschen Volkslebens bereichert.

So präsentiert sich im Großformat im sauber gesetzten Notendruck

"Das besondere Liederbuch".

Es ist ein Werk, das jeder freudig begrüßen muß, der an der Aufgabe mitwirken will, das deutsche Volksleben wieder in die Bahnen des eigenen musikalischen Ausdrucks zu lenken. Als ein besonderes Liederbuch wurde es geschaffen, die Deutschen zum Singen ihrer Volkslieder anzuregen und anzuleiten.

Wir empfehlen dieses Liederbuch als einen nicht zu entbehrenden Bestandteil jedes deutschen Bücherschrankes.

Lisbeth Grolitsch

Hubert Deuringer:

"Das besondere Liederbuch"

Großformat, 800 Seiten, bebildert, €40,–
Erschienen im Hengesberg-Verlag, 89173 Luizhausen, Scharstetter Straße 20.

Dieser Ausgabe ist die Folge 6 "Deutsche Liederblätter" beigefügt. Die Liederblätter können in jeder beliebigen Anzahl kostenlos abgegeben werden. Gerade jetzt, in der katastrophalen Lage, die über Deutschland hereingebrochen ist, kann ein gemeinsam gesungenes Volkslied seelisch stärken.

Die verwandelnde Kraft

Wir waren nur wenige gewesen, für jede der Stimmen nur drei oder vier, als wir in jenem ersten, harten Nachkriegswinter hinter Stacheldraht versuchten, uns über Klagen und Not hinwegzusingen. Nach jeder dieser täglichen Stunden spürten wir deutlicher, daß mit dem Liedersingen nicht allein die Lunge frische Luft geschöpft hatte, sondern daß auch das Herz darinnen ganz allmählich mitschwingen wollte. Weil sich nun einmal beim Liedersingen nicht verheimlichen läßt, wenn das Herz mitsingt, so gelang auch uns, die dumpfe Spannung auf den Gesichtern manches anderen zu mildern und endlich auch zu lösen. Und zum anderen bestätigte sich die alte, die bezweifelte Meinung, daß es weniger die leichten, heiteren Weisen sind, die über Not und Kummer hinweghelfen, sondern daß es meist gerade die ernsten und tiefgründigen tun: vielleicht liegt es daran, daß man einen Gesellen braucht (und sei es auch nur in der unklaren Vorstellung des schlichten Gemütes), um am Mit-Leid des anderen zu genesen. Das Geklingel und Getön moderner Schlager hatte sich immer nur als ein schlechter Genosse erwiesen, als eine schnell vorübergehende Angelegenheit, und war kaum eine “Hilfe” zu nennen.

Bei unseren Betrachtungen untereinander, woher wohl gerade die etwas schwermütigen, alten Volksgesänge die sanft lösende und Leid abstreifende Wirkung hätten, haben wir Entdeckungen gemacht, die uns tief und nachhaltig beeindruckten. Am nächsten lag uns die Beobachtung, daß die schlichte, klare Tonfolge in der Melodie unserer alten Volkslieder die Sänger und Zuhörer unmittelbar anspricht. Unmittelbar, weil das einfache Auf und Ab der Töne eine “Stimmung” hervorlockte, die als eigen empfunden oder sofort zu eigen gemacht wurde. Mehrstimmigkeit verstärkte durch ihre Tonfülle die sanfte Gewalt aller Volkslieder und bewirkte das Heraufkommen jenes Befriedigtseins, jener inneren Gelöstheit, die durch das Lied als Kunstwerk erreicht werden soll.

In der weiteren Aussprache stellte sich dann heraus, daß zu einer wirklich echten Besinnlichkeit nur die Melodie hinführen konnte, die mit ihrer Klangfarbe, mit ihrer Betonung, mit ihrem Ablauf, ihrem Verweilen und Beeilen, den Inhalt der Dichtung zu untermalen und zu begleiten imstande war. Mögen auch Klang, Lauf und Kraft der Melodie auf den ersten Vers abgestimmt sein – wenn aber diese einmal gefundene Melodie nicht auch beim zweiten und dritten Vers, bis zum letzten hin hält, was sie im ersten Vers versprochen hat, dann wischt eine geheime Verdrießlichkeit gegen Melodie und Text den ersten befriedigenden Eindruck fort und verwirft das ganze Lied als nicht schön. Die bezaubernde Allgewalt eines Liedes liegt darin, daß die Weise wiederkehrt, auch wenn die in Worte gefaßten Vorstellungsbilder innerhalb des Liedertextes weiterschreiten. Stimmt beides, Wort und Weise, vom Anfang bis zum Schluß “vollendet” zusammen, so spüren wir mit dem Herzen die schöne Harmonie und haben die Schwere unseres tagtäglichen Lebens vergessen.

Obschon wir uns dies alles verstandesmäßig klar gemacht hatten, so erschütterte uns doch die Tiefe des Erlebnisses, die aus Haltung und Augen unserer Kameraden sprach, als wir ihnen zum ersten Male das schönste unserer deutschen Volkslieder wieder vorsangen: “Es waren zwei Königskinder, die hatten einander so lieb...” Von den vielen Strophen der hochdeutschen Fassung dieses ehemals plattdeutschen Liedes sangen wir nur die fünf entscheidenden und nahmen uns zusammen, daß keines der Worte verloren ging, und vor allem, daß keine romantische Schwärmerei und falsche Empfindsamkeit in der Melodie etwas zunichte machte. Nur auf diese Weise konnten die Innigkeit und Sehnsucht, die aus den knappen einzeiligen Sätzen sprechen, und die unendlich tiefe Traurigkeit in den wenigen Zeilen den rechten Ausdruck bekommen. In diesem unvergleichlich schönen Liede sind die knappen, klaren Aussagesätze, deren jeder einen nur ganz kleinen Ausschnitt aus einem Geschehen bringt, mit einer Melodie vereinigt, deren geringes Ausgreifen nach oben und unten, deren getragenes Auf und Ab von einer solchen Gewalt ist, daß sich niemand ihr entziehen kann.

Indem wir uns fast kindlich-unvoreingenommen dem schlichten Liedersingen hingaben, konnten wir uns aus Niedergeschlagenheit und Ratlosigkeit aufraffen. Man erinnerte sich mit einem Male wieder, daß es unser Leben von Kindesbeinen an begleitet hatte, daß die Mutter uns als Kindlein in den Schlaf hineingesungen hatte, daß ein rechtes Kinderspiel mit dem begleitenden Singsang uns bis ins hohe Alter hinein in den Ohren liegen wird und daß ein Weihnachtsfest ohne ein Lied eine sehr, sehr traurige Sache ist.

Und warum ist uns nun heute nicht mehr zum Singen zumute? Warum ist unser Leben heute ohne ein schlichtes Lied auf den Lippen? Bedeutet das nicht beinahe, den bitteren Frondienst am schweren Tagewerk freiwillig anerkennen und mutlos vor aller Not und Trübsal stehen? Die verwandelnde Kraft des guten Liedes war den Alten nur zu gut bekannt gewesen. Sie haben wohl verstanden, sich seiner als Sorgenbrecher zu bedienen, um Herz und Gemüt vom täglichen Ansturm zu entlasten und zu erfrischen. Wir Stummen von heute aber ahnen nur, wie “unerhört schön” der alte Liederschatz ist – wir müssen erst wieder sehen und hören lernen, um an die heilende Kraft des Liedes glauben zu können. Wir müssen wohl erst einen Umweg machen und die Künstler bitten, uns den köstlichen Schatz sichtbar zu gestalten und wieder so mundgerecht zu machen, daß unser Schweigen gebrochen wird!

Siegfried Lehmann

An alle, die es angeht

Der Grazer Philosophie-Professor Ernst Topitsch hat in einem am 10. Mai 2002 in Ingolstadt gehaltenen Vortrag zum Thema Ostfeldzug–Unternehmen Barbarossa–22. Juni 1941

1. den Bericht des Sonderkommandos v. Künsberg Cf.H3/ 1 BA/MA AA Aktenhefter 24.7.1940 bis 18.06.1941, betreffend die Teilnahme Serbiens an einer angloamerikanisch-sowjetbolschewistischen Kriegsführung gegen das Deutsche Reich, in Zweifel gezogen.

Dazu teile ich der Öffentlichkeit richtigstellend mit, daß der archivalisch-dokumentarische Bericht bereits unter dem 27. Mai 1992 von dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt zum Aktenzeichen 50-35-05 – Tgb.Nr. 780/ 92, betreffend Eindringen deutscher Wehrmacht-Angehöriger in die Sowjetgesandtschaft in Belgrad im Jahr 1941 bestätigt wird.

Für gewissenhaft forschende Historiker ergibt sich bei Aktendurchsicht des British Middle East Command, Frühjahr 1941, wörtlich: "Der Balkan als Waffe gegen Deutschland" einzusetzen, weswegen auch der irakische antibritische Aufstand bei La Habannya, 16. April 1941, niedergeschlagen wurde, da die entsandten deutschen Luftstreitkräfte unter dem General der Flieger Felmy wegen des bevorstehenden Ostfeldzugs unterbesetzt waren.

2. Ohne den Autor namentlich zu nennen, zweifelt der Vortragende den tatsachengerechten Vorgang der Aufklärungsergebnisse des Generalstabs Feldmarschall Mannerheims über das Weltkriegs-Einkreisungs-Komplott der Westmächte mit der Sowjetunion an, obwohl es sich dabei um eine Geschichtsquelle aus erster Hand handelt, die plausibel in HUTTENBRIEFE 3/1997 nachweisbar publiziert wurde.

Der kritisierte Philosophie-Professor hat sich dabei gescheut, von dem ZDF-Publizisten Guido Knopp eine Kopie der geheimen Tonbandaufzeichnung des Gesprächs Hitler-Mannerheim vom 04.06.1942 in Immola anzufordern, welche der finnische Hauptmann Damen heimlich gemacht hatte. Eine Tonband-Kopie lagert in Helsinki im Finnischen Staatsrundfunk, **die andere bei Guido Knopp im ZDF!**

Da Mannerheim die Spionageberichte über die Zusammenarbeit der Westmächte mit der Stalin-UdSSR infolge sowjetischer Besetzung Finnlands 1944 an die Besatzungsmacht ausliefern mußte, gab er zuvor seinen Stabsoffizieren V. Tahvanalnen und V. O. Orama die Anweisung, diese Dokumente zu kopieren, bevor sie an die Sowjets ausgeliefert wurden.

Die in finnischer Schriftsprache nach Deutschland überkommenen Aufzeichnungen bestätigen die revisionistischen Publikationen in der BRD zur Kriegsschuldfrage.

3. Über die politische Rolle des ehemaligen trotzkistischen Sowjetgesandten Christian Gurjewitsch Rakowski und dessen freimaurerische Tätigkeit, die Topitsch ins Lächerliche ziehen will, ist dem Kritiker nur zu empfehlen, sich über die Vita Rakowskis von dessen Geburt an bis zu seinem Tod 1941 genau zu informieren. Wie ein politisches Wetterleuchten scheint sein Name in den deutschen AA-Akten zu Zeiten des Reichsaußenministers Stresemann auf. Rakowskis Tod ist in dem Buch "Stalins Blutspur durch Europa" auf Seite 129 kurz angeschnitten.

Es steht heute für die unabhängige parteifreie Geschichtsforschung zum 2. Weltkrieg fest, daß es sich nicht um Kriege nationalstaatlicher Interessen handelt, sondern, noch verdeckt, die ersten Anzeichen von Globalisierung/ Weltherrschaft die eigentlichen Antriebsfedern sowohl der USA wie der UdSSR waren.

Studiert man die amerikanischen Sitzungsberichte der Record Groups and Advisory Committees bis 1945, so findet man, daß die USA ihren eigentlichen Hauptverbündeten, die UdSSR, als ihren Hauptfeind ansahen und nicht das Deutsche Reich.

Die USA benutzten auf dem Weg zur angestrebten Weltherrschaft=Globalisierung die UdSSR nur, um das im Wege stehende nationalstaatliche Deutsche Reich niederzuringen.

Die UdSSR hingegen benutzte die Angloamerikaner nur, um das Deutsche Reich mit deren Hilfe niederstrecken zu können, das ihrem Weg zur bolschewistischen Weltherrschaft im Wege stand. Stalin hoffte, daß sich die USA und England im "overstretching" mit der Deutschen Wehrmacht aufreiben würden und Sowjetrußland die Weltherrschaft gewänne.

Jedermann sieht heute, daß der Kampf um den "Endsieg" noch nicht entschieden ist.

Derartige politstrategische Forschungen werden Professoren der "unter uns gesagt Gesellschaft" immer verschlossen bleiben und zu Vereinfachungen verleiten, wie wir sie am 8. Mai 2002 in Berlin von dem Konsens-Intellektuellen Martin Walser hörten. Für Walser war die Lage der Deutschen Nation, geteilt durch Berliner Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen, ein Befindlichsein zwischen zwei Machtblöcken, und wie und warum es zu den zwei Machtblöcken kam, weiter wollte Walser nicht denken.

Topitsch zieht im Grunde in Zweifel, was das "Archiv der Zeit" schon vor Jahren gedruckt publizierte, nämlich daß Churchill schon am 19. September 1939 von Stalins Militäraggression gegen Finnland, die am 30. November 1939 wie geplant begann, unterrichtet war. Scheinheilig wollte Churchill sein militärisches Norwegen-Abenteuer im Vorhinein als "Hilfsaktion" für Finnland tarnen.

Topitsch kann sich nicht als Gralshüter tatsachengerechter, fehlerfreier Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung im Sinne Leopold v. Rankes darstellen.

Schon sein Ausblenden namhafter deutscher Historiker, Buchautoren und geschichtswissenschaftlicher Publizi-

sten stellt ihn automatisch in eine Reihe mit Prof. Overy vom Kings College in London, der es, öffentlich dazu aufgefordert, nicht wagen kann, sich einer öffentlichen quellenkritischen Diskussion zu seinen offenkundig verqueren, anpassungsfreudigen Kriegsschuld-Publikationen zu stellen.

Die quellenkritische Inkompetenz einiger Autoren wie T., die Unfähigkeit, Geschichtsabläufe in der globalen Verantwortung der beiden Großmächte USA und Ex-UdSSR, jetzt Russische Föderation, in Bezug auf Deutschland zu erkennen und aufzuarbeiten, zeigt sich besonders am Schicksal der deutschen Hauptstadt Berlin.

Die wahren Hintergründe und machtpolitischen Zusammenhänge der sowjetrussischen Hungerblockade 1948–1949 gegen die damalige Viersektoren-Stadt bleiben im Dunst der alljährlich stattfindenden Gedenkfeiern verborgen. Dargestellt wird, daß die westlichen Hauptkriegssiegermächte USA, England, Frankreich mit dem größten Lufttransportunternehmen der Weltgeschichte Westberlin und seine Bevölkerung, die selbstverständlich die westliche Besatzungsherrschaft als das vorzuziehende Übel ansahen, vor dem Zugriff der bolschewistischen Stalin-Diktatur bewahrt hatten.

Das aber war nicht die ganze Wahrheit und kein zeitgenössischer Historiker hat sich seither aus Angst vor den Folgen einer Konsensverletzung getraut, einer tatsachengerechten Analyse zu bedienen.

Es ist nämlich ein Akt fast bewundernswerter “amerikanischer Staatskunst”, sich erst mit den sowjetrussischen Eroberern, deren fast 100 Millionen Systemopfer ignorierend, bis zum 8. Mai 1945 zu verbünden und dann, als die Sowjets ihre Panje-Pferde an der Elbe tränkten, sich den Deutschen als Retter zu empfehlen.

Martin Walser hat am 8. Mai 2002 in Berlin im Willy-Brandt-Haus in Gegenwart des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu Patriotismus-Diskussion und Nationalitätsempfinden folgendes u.a. ausgeführt:

“Ohne Versailles kein Hitler, und ohne Hitler kein Zweiter Weltkrieg.”

Dies bedeutet dem Grunde nach, weiter zu ignorieren, daß Stalin seit den Zeiten Primo de Riveras im Jahr 1936 mit dem Spanischen Bürgerkrieg versuchte, Europa von Westen her aufzurollen und für die Weltrevolution reif zu machen.

Walser will also Glauben machen, hätte es kein Versailles gegeben und seiner Meinung nach demnach auch keinen Hitler, dann hätte es auch keinen Weltkrieg 2 gegeben und Stalins UdSSR hätte seine Pläne für eine Erringung der Weltherrschaft durch Weltrevolution aufgegeben, obwohl Stalin schon Angriffspläne gegen die Weimarer Republik hegte.

Solche Gedankenlinien zeigen, wie notwendig es ist, verquere Beurteilungen von Primärquellen, wie im Falle Topitsch, die trotz rigider Archivsperren der Siegermächte ans Licht kommen, richtigzustellen, um geschichtsfalschen Lehr- und Forschungsmeinungen und Tabusperren keinen Vorschub zu leisten.

Fritz Becker

Buchbesprechung:

Lisbeth Grolitsch

“Notwende”

Unter dem Titel “Notwende” gibt Lisbeth Grolitsch Aufsätze, Reden und Schriften aus einer 35 Jahre umfassenden Schaffenszeit heraus. Der Untertitel “...im Kampf um eine neue Ordnung in Kultur, Geschichte und Politik aus lebensgesetzlichem Denken” verweist zu Recht auf eine tiefgründige Kenntnis und Urteilsfähigkeit in allen Belangen, sowie auf ein in die Zukunft unseres Volkes, unserer Art, gerichtetes Fühlen, Denken und Handeln.
Lisbeth Grolitsch, Jahrgang 1922, die Verfasserin des Buches, gehört jener Generation an, die im jungen Deutschen Reich glückhaft aufwuchs und die mit bedingungslosem Idealismus zum Aufwärtsstreben unseres Volkes beitrug. Dabei hat Lisbeth Grolitsch kraft ihrer Anlage und Fähigkeiten bereits in jungen Jahren außerordentliche Leistungen vollbracht. Nach 6monatiger Gefangenschaft und Internierung stellte sie sich nach 1945 aufs Neue den Aufgaben der Zeit: die vertiefte Erarbeitung lebensgesetzlicher Kenntnisse und Zusammenhänge als Grundlage für das Verständnis, die Bewertung und Umsetzung von Kultur, Geschichte und Politik mit dem Ziel der Weiterentwicklung unseres Volkes.

Als Vorsitzende oder Präsidentin des Freundeskreises Ulrich von Hutten, der Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur, des Deutschen Kulturwerkes Österreich und der Deutschen Kulturgemeinschaft, sowie als Hauptschriftleiterin der Huttenbriefe ist Lisbeth Grolitsch eine herausragende Kulturträgerin und Kulturkämpferin, und somit in unserer Zeit eine außergewöhnliche Repräsentantin unseres Volkes.

“Notwende” ist deshalb Standortbestimmung, Zeugnis der Zeitgeschichte und Vision des Über-Lebens zugleich. Die einzelnen Abschnitte und Aufsätze des Buches bestechen durch Klarheit der Begriffe, Folgerichtigkeit im Denken und hervorragenden sprachlichen Ausdruck; sie sind daher leicht, und im übrigen auch unabhängig voneinander, zu lesen. Dennoch ist der große Zusammenhang, der geistig-kämpferische Weg in die Notwende “durch die Neuwertung des menschlichen Lebens” aus den insgesamt 352 Seiten stets herauszulesen. Ein 20-seitiges Personen-, Orts- und Sachregister erleichtert zudem das übergreifende Nachschlagen und Nachvollziehen wichtiger Daten und Begriffe.

In ausführlicheren Schriften, nämlich über Ulrich von Hutten, Maria Theresia, Otto von Bismarck und Österreichs Weg in der deutschen Geschichte wird die Geschichte unseres Volkes und das Werk dreier herausragender Führungspersönlichkeiten lebendig. Die jeweili-

gen politischen und historischen Gegebenheiten, sowie persönliche Verhältnisse und Aussagen werden dabei zeitnah ins Licht gerückt. Der Leser steht mitten im historischen Geschehen. Gleichzeitig wird ein zusammenhängendes Geschichtsbild in aller Bewegtheit und mit der Kontinuität von 600 (bis über 2000) Jahren offenbar. Von hervorgehobener Bedeutung sind weniger historische Jahreszahlen, als das hart umkämpfte, evolutionär gesehen äußerst fruchtbare, schicksalhafte Zusammenwachsen des Deutschen Volkes in direkter Nachfolge der Germanen im Herzen Europas.
Univ.-Prof. Dr. Adolf Helbok, dem die Ausarbeitung über die Wesenszüge und Leistungen des deutschen Volkes gewidmet ist, hat mit seiner ganzheitlichen Geschichtsforschung auf biologischer Grundlage wesentliche Bausteine unserer Volkwerdung zu Tage befördert. Die von Lisbeth Grolitsch aufgegriffenen Forschungsergebnisse über die Heimat- und Volksforschung, über Siedlungsgeschichte, Volksgenealogie und Begabungsforschung münden in die Erkenntnis von der Kultur als einem gewachsenen Organismus. Diese Erkenntnis wird in den zusammenhängenden Ausarbeitungen "Von der Notwendigkeit einer Neuordnung unseres Denkens" und "Kultur – Anpassungsleistung zu höherer Lebensordnung" vertieft. Ausgehend vom Erkenntnistrieb entpuppt sich die Kultur bei naturwissenschaftlicher Untersuchung als evolutionäre Anpassungsleistung des Organismus Volk. Die Dimension dieser Anpassungsleistung erkennend, ist Kultur also kein Luxus oder ein beliebig austauschbares Überbleibsel vergangener Tage, sondern über-lebensnotwendiges Organ der Volksgemeinschaft. Durch die biologische Gebundenheit der Kultur wird deutlich, daß der volklich-kulturellen Höherentwicklung, im Gegensatz zur Spengler'schen Untergangstheorie, keine zyklischen Grenzen gesetzt sind; vorausgesetzt, die rassisch-räumliche Grundlage wird nicht zerstört. Die zusammenfassenden Schlußfolgerungen der Autorin über "Maßstäbe neuer Kulturpolitik" gehören notwendig zu den weltanschaulichen und politischen Grundlagen aller nationalen Mitkämpfer! Hierzu gehören auch die beiden Grafiken im Buchdeckel, jeweils am Anfang und Ende, "Naturgesetz Evolution → Erhaltung des Volkes" und "Die Neuordnung der Werte", die eine Gesamtschau des organischen Zusammenwirkens wesentlicher evolutionärer und kultureller Faktoren beinhalten.

Besonders hervorzuheben ist die Ausarbeitung "Frauentum gestern und morgen" – nicht nur für Frauen, sondern für alle, Jugendliche und Erwachsene, geschrieben. Dem katholisch postulierten "Heimchen am Herd" stellt Lisbeth Grolitsch die Frau als Kulturträgerin und Wahrerin der Sittlichkeit gegenüber. Fern jeglicher entwürdigenden Gleichschaltung steht die Frau und Mutter in Erfüllung ihrer Aufgaben in der Mitte des Volkes!

Der zweite Teil des Buches enthält unter der Überschrift "Aufsätze" ein weit gefächertes zeitgeschichtliches Zeugnis der zurückliegenden gut 70 Jahre.
Allem voran Würdigungen bedeutender Persönlichkeiten, wie Rudolf Heß, Prof. Giesler, Heinrich Härtle, Emil Maier-Dorn, Prof. Oberth, Herbert Böhme oder Adolf Hitler.
Eine ganze Reihe von Aufsätzen gilt dem Geschehen des II. Weltkrieges: vom Bombenterror auf Dresden über die sensationellen Dokumente zum Fackelmännerbefehl und Stalins zweiter geheimer Front bis hin zur ehrenden Gedächtnistafel über die Verluste des Deutschen Volkes.
Einen weiteren Themenbereich bildet die Auseinandersetzung mit den politischen Entscheidungen der letzten 20 Jahre. In chronologischer Reihenfolge gelesen, ergibt sich eine unbestechliche Analyse der deutschen, europäischen, globalen Lage. Dabei führt die Autorin nicht nur eine Anklage gegen gewissenlose Verbrecher; im Vertrauen auf die naturgesetzlichen Kräfte und kosmischen Zusammenhänge gelingt es ihr immer wieder, den Blick zuversichtlich in die Zukunft zu richten. Dies wird besonders auch in den ergreifenden Schriften zur Weihnacht oder zur Wintersonnenwende deutlich.

Lisbeth Grolitsch geht es nicht um den Untergang des Abendlandes, sondern um die Notwende, um die Zukunft unseres geliebten Volkes. Wenn sie deshalb mit dem Aufsatz "Und dennoch: das Volk" schließt, dann nicht aus Trotz oder gar Blindheit, sondern, weil sie sich tief gründend zu den Worten Friedrich Hölderlins bekennen kann: Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch!
Mit dem vorliegenden Buch "Notwende" gibt Lisbeth Grolitsch einen großen Schatz an Wissen und Erfahrung, an seelischer Stärke und tiefer Empfindung heraus, das, nicht zuletzt angesichts des Verfalls an Bildung, den verschiedenen Nachkriegsgenerationen ans Herz zu legen ist.

Hartmut Wilhelm

(Lisbeth Grolitsch: "Notwende", 372 Seiten, €28,–)

26. GÄSTEWOCHE

vom 1.–6. November 2002

Leitsatz: Die psychologischen Strategien zur Desorientierung des Deutschen Volkes

Anliegend das Programm der Tagung.
Es sind noch Plätze frei. Sofortige Anmeldung bei der Schriftleitung ist erforderlich. Kulturbeitrag €62,– zuzgl. Unterkunft und Verpflegung.